

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



## Pressespiegel

11.08.2021

# Inhalt

## EWN

1   <b>Notwendig oder nicht?</b> <i>Neues Deutschland, 11.08.2021</i> .....	3
2   <b>Atomares Endlager mitten in Urlaubsregion?</b> <i>Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung, 11.08.2021</i> .....	4

## Notwendig oder nicht?

### Auch im Nordosten sorgt die Gaspipeline Nord Stream 2 für Zwist

*Nord Stream 2 ist auch in Mecklenburg-Vorpommern umstritten. Während Ministerpräsidentin Manuela Schwesig das Projekt vehement verteidigt, sind die Grünen strikt dagegen.*

Teil der Nordost-*Wirtschaft*, die direkt mit der Ostsee zusammenhängt, wird in Zukunft auch die Gaspipeline *Nord Stream 2* sein, die in Lubmin bei *Greifswald* anlanden wird. Anders als bei der traditionell im Land verankerten maritimen *Wirtschaft* rund um den Schiffsbau herrscht über den Nutzen für das Land bei der Pipeline, die kurz vor der Fertigstellung steht, allerdings alles andere als Einigkeit. Neben der außenpolitischen Dimension des deutsch-russischen Projekts sind es im Nordosten vor allem der Klimaschutz und die Frage möglicher Arbeitsplätze, die für Zwist sorgen.

Dabei tritt Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) wie schon ihr Amtsvorgänger und Genosse Erwin Sellering vehement für die Gaspipeline ein. Die kürzlich erfolgte Beilegung des zwischenzeitlich eskalierten Streits mit den USA über die Leitung, die russisches Gas nach Deutschland und Europa bringen soll, begrüßte Schwesig ausdrücklich. Für die Spitzenkandidatin der Sozialdemokraten ist das russische Gas zum einen ein Beitrag für eine verlässliche Energieversorgung nicht nur Deutschlands, sondern ganz Europas. Zum anderen werde es als Energieträger benötigt, um die Zeit bis zur vollständigen Energieversorgung mit Erneuerbaren zu überbrücken.

Als schärfste Kritiker treten im Land dagegen die Grünen auf, die in ihrem Wahlprogramm ankündigen, man werde »*Nord Stream 2* stoppen«. Anders als die Ministerpräsidentin halten die Grünen Gas auch nicht für eine Brückentechnologie, sondern im Prinzip nicht anders als Kohle für einen Klimakiller. Zudem widersprechen die Grünen dem Argument, dass *Nord Stream 2* Arbeitsplätze schaffen würde. »Nach allem,

was bisher verlautete, könnte es im Idealfall vielleicht einige Dutzend Arbeitsplätze geben. Gegenüber dem Arbeitsplatzgewinn bei erneuerbaren Energien wäre das eine außerordentlich kleiner Effekt und keiner, der die Nachteile ausgleicht«, schreibt die Partei in einem prominent auf ihrer Website platzierten »Klartext« zur Pipeline.

»Grundsätzlich ist es absurd, dass die Debatte um die Fertigstellung von *Nord Stream 2* nochmals erheblich Fahrt aufnahm, als die Pipeline fast fertiggestellt war«, sagt Henning Foerster, *wirtschaftspolitischer* Sprecher der Linksfraktion im Landtag, gegenüber »nd«. Ob Deutschland und Europa auf dem Weg zu einer dekarbonisierten Gesellschaft weitere Erdgaskapazitäten benötige oder nicht, dazu lägen unterschiedliche wissenschaftliche Untersuchungen vor, so Foerster. »Eine engagierte Energiepolitik in Deutschland und Europa in den letzten Jahren hätte dazu geführt, dass die Diskussion um *Nord Stream 2* gar nicht erst hätte geführt werden müssen«, ist Foerster überzeugt. Für die Linksfraktion im Nordosten stehe fest, »dass die Fertigstellung der Pipeline nichts an der Forderung ändert, dass auch MV endlich ein ambitioniertes Klimaschutzgesetz braucht, um sich auf den Weg in die Klimaneutralität zu machen«. Dabei strebe man für *Mecklenburg-Vorpommern* das Jahr 2035 an, wofür es erheblicher politischer und finanzieller Anstrengungen bedürfe. »Die gegründete Klimaschutzstiftung kann und muss notwendige Impulse dabei liefern. Die finanziellen Mittel, die in die Klimaschutzstiftung fließen, werden eine wichtige Rolle spielen, um Klimaschutzprojekte vor Ort umzusetzen«, so Foerster.

📰 Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung | 11.08.2021 | S. 15

📄 Auflage: 11.215 | Reichweite: 26.975

👤 Uwe Driest

## ATOMMÜLLLAGER

# Atomares Endlager mitten in Urlaubsregion?

**In einer ersten geologischen Ansicht scheint das Gebiet westlich von Rügen geeignet zu sein.**

„Wehret den Anfängen“, fasste Christof Zuberbier die Diskussion seines Gremiums um die Suche nach einer Endlagerstätte für **atomaren** Müll zusammen. Das Thema hatte der Vorsitzende des Ausschusses für Verkehr, Ordnung, Umwelt und Naturschutz der Stadt Bergen für die Sitzung am Montag auf die Tagesordnung genommen.

Tatsächlich stehe das Verfahren für die Suche eines Endlagers noch ganz am Anfang, weiß Christoph Paarmann. Weil aber unter die erste Auswahl von 90 Standorten auch das „Steinsalz-Gebiet in flacher Lagerung“ fällt, das sich im Westen Rügens auch über die Schwesterinseln Hiddensee und Ummanz und fast bis nach Bergen erstreckt, hatte der Bergener Bauamtsleiter eine Mitarbeiterin beauftragt, an einer dreitägigen virtuellen Fachkonferenz des Bundesamts für die Sicherheit der **nuklearen Entsorgung (BASE)** teilzunehmen. „Nach einer ersten, sehr groben Einschätzung käme gut die Hälfte Deutschlands als Standort infrage“, sagt dessen Sprecher Christoph Hamann.

„Dieses Beteiligungsverfahren ist dem Lernprozess aus den 70er- und 80er-Jahren geschuldet, als der Staat unabhängig von wissenschaftlichen Erkenntnissen den Standort Gorleben politisch entscheiden wollte.“ In den nächsten Schritten werde nun die Beschaffenheit der Oberfläche und danach des Untergrunds geprüft. Über jeden dieser Zwischenschritte entscheide zunächst der Bundestag. „In ein oder zwei Jahren können wir Standortregionen benennen, die in die engere Wahl kommen. Dann wird es spannend, weil wir wirklich über Standortregionen sprechen“, so der **BASE**-Sprecher. Das gesamte Verfahren soll 2030 abgeschlossen werden, damit ab 2050 die Einlagerung beginnen kann. Mit der Umsetzung der Endlagersuche ist die Bundesgesellschaft für Endlagerung (**BGE**) mit Sitz im niedersächsischen Peine beauftragt. Deren Sprecherin Dagmar Dehmer kann bisher keine der 90 Regionen ausschließen. „Wir behandeln in dieser Phase alle Flächen gleich.“ Dass es sich bei Rügen

um ein Gebiet von großer touristischer Bedeutung handelt, das zudem von zwei Nationalparks umrahmt ist, spiele erst dann eine Rolle, wenn es um die Entscheidung zweier geologisch gleich geeigneter Regionen gehen würde. „Dann könnte das den Ausschlag geben“, so Dehmer. Wenn Rügen in die engere Wahl falle, käme theoretisch auch ein Standort im Wasser infrage. „Da wäre die Gewährleistung des Betriebssicherheits nur anspruchsvoller, weil der Schacht ja nicht volllaufen darf.“

Die Nähe zu Lubmin spiele indes keine Rolle bei der Auswahl, so Dagmar Dehmer auf Nachfrage. Das dortige **Zwischenlager Nord** hatte nach dem Willen des Landtags MV nur **Atom Müll** der stillgelegten **Atomkraftwerke** der DDR einlagern sollen. Doch weil das Lager dem Bund gehört, genehmigten Gerichte die Einlagerung von **atomarem** Müll aus dem gesamten Bundesgebiet. Kritiker befürchteten daher bereits, der **Atom Müll** könnte im dünn besiedelten Nordosten der Republik verbleiben.

Während Lubmin aber offenbar ausscheidet, erfüllt das im nordöstlichen Norddeutschen Becken vorkommende Steinsalz mit einer maximalen Mächtigkeit von 340 Metern wichtige Voraussetzungen. Ausgeschlossen seien zunächst nur Gebiete, in denen Erdbeben eine Rolle spielen oder Vulkane vorkommen, weiß Christoph Paarmann. „Schließlich muss die Lagerstätte Sicherheit für eine Million Jahre garantieren“, so der Bauamtsleiter.

„Dann kann man die Betreiber aber nicht mehr belangen“, spannt Anja Ratzke den Gedanken weiter. Das Thema spielt für den Geschmack der Bergener Bürgermeisterin eine zu geringe Rolle auf der Insel. „Ich habe den Eindruck, dass wir die einzigen sind, die sich einbringen, und würde mir wünschen, dass sich auch meine Kollegen und der Tourismusverband an dem Prozess beteiligen“, so Ratzke. „Letztlich ist das ein Inselthema.“ Das Verfahren müsse man von Anfang an

verfolgen, sonst könne man später keine Stellungnahme abgeben, so Ratzke. „Das Steinsalzvorkommen reicht fast bis Bergen“, stellte Ausschussmitglied Alexander Henning (BB) fest und glaubt: „Wer sich am wenigsten wehrt, bekommt das Ding am Ende.“

**Zitat-Text:**

**”Wer sich am wenigsten wehrt, bekommt das Ding am Ende.” - Alexander Henning, Mitglied im Bergener Umweltausschuss**